

Bundesrat für AHV-Reform kritisiert

Bern Während die bürgerliche Seite vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,7 Prozent kritisiert, stossen sich die Linken an der Erhöhung des Frauenrentenalters.

Eine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne substanzielle Kompensation habe vor der Stimmbewölkerung keine Chance, schreibt die SP in einem Communiqué vom Freitag. Die Partei fordert weiterhin keine allgemeine Erhöhung des Rentenalters für alle und keine Senkung des Rentenniveaus. Eine Reform, die sich ausserhalb dieses Rahmens bewege, würde die SP – und mit ihr die Frauen – auf keinen Fall mittragen, hiess es weiter.

Eine Rentenerhöhung der Frauen zur Sanierung der AHV kommt für die SP Frauen nicht in Frage, wie sie in einer Mitteilung schreiben. Nachdem bei der letzten Abstimmung zur Altersreform 2020 die Erhöhung des Frauenrentenalters massgeblich zum Scheitern der Vorlage beitragen habe, erstaune es, dass der gleiche Weg noch einmal beschritten wird, schreiben die SP-Frauen weiter. Für den Schweize-

rischen Gewerkschaftsbund (SGB) schafft die vom Bundesrat vorgeschlagenen Erhöhung des Frauenrentenalters neue Probleme. Die festgelegten Eckwerte für eine neue Reform der Altersvorsorge geben indes keine Antwort auf die grossen Probleme der Altersvorsorge, wie es in der Mitteilung heisst.

Die Probleme seien sinkende Pensionskassenrenten und dass ein immer grösserer Teil der AHV für Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten draufgehe. Diese könnten nur mit einer Erhöhung der AHV-Renten gelöst werden. Für Travail.Suisse ist klar, dass der Schwerpunkt der nächsten AHV-Reform auf einer soliden Zusatzfinanzierung liegen müsse, wie der Dachverband der Arbeitnehmenden in einer Mitteilung schreibt. In dieser Hinsicht sei der Entscheid des Bundesrats positiv zu werten. Kern der Vorlage müsse mindestens ein

zusätzliches Baby-Boomer-Mehrwertsteuerprozent sein. Die Finanzierungsvorschläge des Bundesrats gingen von der Finanzierungshöhe her in die richtige Richtung.

Schwieriger wird es, wenn die Zusatzfinanzierung mit einem höheren Frauenrentenalter kombiniert wird, wie Travail.Suisse weiter schreibt. Mehr bezahlen und dafür länger arbeiten komme in der Bevölkerung nicht gut an. Der Verband zweifle sehr an der Mehrheitsfähigkeit eines solchen Vorschlags.

Steuererhöhung «viel zu hoch»

Der Schweizerische Arbeitgeberverband SAV kommentiert die Eckpunkte des Bundesrats zur AHV-Reform negativ. Die Regierung missachte den Volkswillen und erhöhe die Mehrwertsteuer «auf Vorrat». Ohne Korrekturen werde die Wirt-

schaft den Vorschlägen nicht zustimmen.

Die von der Regierung vorgesehene Steuererhöhung um bis zu 1,7 Prozent falle viel zu hoch aus, schreiben die Arbeitgeber. Statt mit einer überschaubaren und ausgewogenen ersten kleineren Reform die AHV-Renten erst einmal mittelfristig zu sichern, riskiere der Bundesrat mit seinem Ansatz bereits im Parlament oder spätestens an der Urne «ein neuerliches Fiasko».

«Der Bundesrat hat mit der Verabschiedung der Eckwerte den Neustart verfehlt», heisst es in der Mitteilung vom Freitag. Mittelfristig seien strukturelle Massnahmen – eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters ab etwa Mitte der 2020er-Jahre – unumgänglich. Auch für die SVP Schweiz kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,7 Prozent «sicher nicht in Frage», wie die Partei mitteilte. (sda)